

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Positionen

Wahl zum
Deutschen Bundestag
27. September 2009

Diakonie Mitteldeutschland
Vorstandsbereich und
Fachverbände
Soziale Dienste

Für Rückfragen:
(0345) 122 99310 oder
vorstand-sd@diakonie-ekm.de

www.diakonie-mitteldeutschland.de

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Wahl zum
Deutschen Bundestag
27. September 2009

Wahlkampf in Deutschland bedeutet in erster Linie noch immer die inhaltliche, politische Auseinandersetzung mit Positionen und Programmen der Parteien – zunehmend aber auch mit den persönlichen Aussagen der Kandidaten. Mit den hier vorliegenden Wahlprüfsteinen für die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 richtet sich die Diakonie Mitteldeutschland direkt an die Kandidaten der Parteien in den Wahlkreisen, die dem Gebiet der Diakonie Mitteldeutschland entsprechen.

Mit den folgenden Fragen zu verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik auf Bundesebene werden die Kandidaten um ihre Stellungnahme gebeten zu Anliegen und aktuellen Positionen der Diakonie. Damit soll zum einen die Bundespolitik für Themen der evangelischen Sozialarbeit in den Regionen sensibilisiert werden, zum anderen sollen diakonische Einrichtungen motiviert werden, sich mit diesen Fragen direkt an die Kandidaten ihres Bundestagswahlkreises zu richten.

Nicht jede Frage muss von jedem Kandidaten beantwortet werden. Eine individuelle und auf Schwerpunkte bezogenen Auswahl ist willkommen. Zur besseren Zuordnung wurden die Fragen über alle Themenkomplexe hinweg laufend nummeriert, so dass jede Antwort auf jeweils eine Fragennummer zugeordnet werden kann.

Die Diakonie Mitteldeutschland möchte mit diesen Wahlprüfsteinen eine Anregung zur Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit geben, um Lebenslagen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und über diese Landesgrenzen hinaus für alle Menschen gerechter und lebenswerter zu gestalten. Bitte unterstützen Sie uns dabei! Sozialausgaben dürfen nicht als Belastung für die Gesellschaft dargestellt werden. Vielmehr muss die Bedeutung sozialer Leistungen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft stärker wahrgenommen und ausgestaltet werden.

Kathrin Weiher
Vorstand Soziale Dienste

Halle, den 2. September 2009

Alle Fragen sind nach Rubriken geordnet im Internet veröffentlicht, zu finden über die Navigation „Aktuell“ und „Stellungnahmen/ Positionen“. Die Antworten können per E-Mail mit Bezug auf die Fragennummer gesendet werden. Eine Auswahl der Antworten wird auf unserer Homepage veröffentlicht. Mit der Antwort-E-Mail erklären Sie Ihr Einverständnis einer namentlichen Veröffentlichung. Bitte geben Sie Ihren vollständigen Namen an, die Partei bzw. Liste, für die Sie kandidieren und den Kontakt für mögliche Rückfragen.

Christliches Menschenbild leben

Die Diakonie bietet konkrete Unterstützungsleistungen für Menschen, die bei der Gestaltung ihres Lebens und der Bewältigung ihres Alltags auf Schwierigkeiten stoßen. Der diakonische Dienst setzt bei den Ressourcen und Stärken der Menschen an. Er will Hilfe zur Selbsthilfe sein und zielt auf die Befähigung und Selbstständigkeit von Menschen. Das partnerschaftliche Hilfeverständnis der Diakonie liegt im christlichen Menschenbild begründet. Als geliebtes Geschöpf und Ebenbild Gottes kommt jedem Menschen unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit eine unveräußerbare Würde zu, die im Umgang miteinander zum Ausdruck kommen muss.

Fragen:

1. Von welchem Menschenbild lassen Sie sich leiten?
2. In welchen Politikfeldern treten Sie ganz konkret für die Würde des Menschen ein?

Demographischen Wandel gestalten

Eine der größten Herausforderungen, vor denen Kirche und ihre Diakonie, Staat und Gesellschaft gemeinsam stehen, stellen der demographische Wandel und die damit verbundenen Folgen dar.

Das zahlenmäßige Verhältnis der Generationen wird sich in massiver Weise dahingehend ändern, dass jungen Menschen viel mehr ältere Menschen gegenüberstehen. Das hat vielschichtige Auswirkungen.

Der Generationenvertrag wird in der heutigen Form nicht mehr zu halten sein. Es ist erforderlich, durch politische Maßnahmen das Miteinander der Generationen in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber hinaus ist das sich abzeichnende Problem des Fachkräftemangels zu lösen.

Fragen:

3. Was werden Sie tun, damit in den kommenden Jahren junge Menschen noch in soziale Berufe streben?
4. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie, um insbesondere die sozialen Systeme zur Absicherung der Krankheit und Pflegebedürftigkeit auch zukünftig ausreichend zu finanzieren?
5. Welche Möglichkeiten bestehen auf der Ebene der Bundesrepublik, sich insbesondere für eine deutliche Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen einzusetzen, um langfristig dem zu erwartenden Mangel an Fachkräften in Deutschland entgegen zu wirken? Wird es mit Ihrer Unterstützung eine Angleichung der Pflegeausbildungen (Krankenschwester, Kinderkrankenschwester, Altenpfleger) durch modulare Systeme geben?
6. Gibt es konkrete Initiativen Ihrer Partei, um die europäische Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen zu befördern und so beispielsweise die Anwerbung ausländischer Fachkräfte im sozialen Bereich zu ermöglichen?
7. Was werden Sie politisch (und bundesgesetzlich geregelt) tun, um das Miteinander der Generationen auch zukünftig friedlich zu gewährleisten?

Familien fördern

Familien in besonderer Weise zu fördern und zu schützen, ergibt sich verpflichtend aus dem Grundgesetz. Dies soll der Sicherung gesellschaftlicher Stabilität dienen. Leider entscheiden sich immer weniger Menschen in Deutschland dafür, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen.

Fragen

8. Für welche familienpolitischen Maßnahmen engagieren Sie sich?
9. Werden Sie sich dafür verwenden, einen eigenständigen Kinderregelsatz im Arbeitslosengeld II einzuführen? Wenn ja, in welcher Höhe?
10. Wie unterstützen Sie steuerrechtliche Veränderungen mit dem Ziel, verheiratete, getrenntlebende und geschiedene Mütter und Väter gleichzustellen?
11. Welche Visionen haben Sie und welche konkreten Maßnahmen fordert ihre Partei, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern?
12. Welche Möglichkeiten sehen Sie, durch Familienbildung und -beratung Familien so zu stärken, dass es nicht zu Kindeswohlgefährdung kommt? Wie kann eine einheitliche und ausreichende Finanzierung von Frauen- und Kinderschutzhäusern gewährleistet werden?

Kinder und Jugendliche begleiten

Das föderale System in Deutschland gibt den Ländern die Kultushoheit, so dass in der Folge insbesondere für Kinder und Jugendliche unterschiedliche Lebens-, und Bildungschancen bestehen. Es muss aber das Ziel sein, bundesweit sicherzustellen, dass dieser Gesellschaft kein Kind und kein Jugendlicher verloren geht.

Fragen:

13. Sollten Ihrer Meinung nach bundeseinheitliche Mindeststandards (z.B. Quadratmeterzahl pro Kind, Personalschlüssel, Mindestbetreuungszeit etc.) in Kindertagesstätten eingeführt werden? Wenn ja, warum?
14. Welche Vorstellungen haben Sie in Bezug auf die Vereinbarung einer gemeinsamen Bildungsphilosophie von Kindertagesstätten und Schulen?
15. Was wird ihre Partei tun, um mehr Bildungsgerechtigkeit und Angleichung der Förder- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu erreichen?
16. Wie bewerten Sie die Forderung der Bundesregierung im 13. Kinder- und Jugendbericht, dass die Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII rechtlich und fachlich in Zukunft auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen zuständig sein soll?
17. Sehen Sie die Notwendigkeit und Möglichkeit, das bisher nur bei den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich geltende Fachkräftegebot auch auf die Verwaltung der örtlichen Jugendämter auszuweiten?

18. Welche politischen Strategien haben Sie zur Bekämpfung des zunehmend exzessiven Alkoholmissbrauchs bei Kindern und Jugendlichen?
19. Das Bundesjugendkuratorium fordert eine Neupositionierung von Jugendpolitik unter den Aspekten Schutz und Unterstützung, Befähigung, Teilhabe und Generationenpolitik, um den aktuellen Anforderungen an die politische Gestaltung der Lebenslage Jugend gerecht werden zu können. Wie stellt sich Ihre Partei eine Jugendpolitik auf Bundesebene vor, die diesem Anspruch gerecht werden kann?
20. Wie können Sie auf Bundesebene dazu beitragen, dass der Übergang von der Schule in den Beruf bedarfsgerechter koordiniert wird und jeder Jugendliche spätestens ein Jahr nach Schulabschluss in Ausbildung ist?

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Unser demokratisches Grundverständnis baut darauf auf, dass Bürger in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen und mitwirken. Der demographische Wandel wird eine Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements notwendig machen. Dazu müssen mehr Menschen gewonnen, qualifiziert und begleitet werden.

Fragen

21. Wie wollen Sie Bürger weiterhin dazu motivieren, sich für das Gemeinwesen ehrenamtlich zu engagieren? Wie werden Sie sich für den weiteren Ausbau von Strukturen, die ehrenamtliches Engagement fördern, einsetzen und entsprechende Mittel bereitstellen?
22. Im Pflegeweiterentwicklungsgesetz § 45 d SGB XI sind erste Signale für eine Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements in der Pflege ersichtlich. Ist ein finanzieller Ausbau dieser Angebote angedacht? Ist das ein Signal für die anderen Felder sozialer Arbeit?

Barrieren abbauen

Sucht wird für Menschen in dieser Gesellschaft oft zu einer Barriere. Sie werden ausgegrenzt und ihre Krankheit wird oft nicht richtig behandelt. Die Prävention und Behandlung von Suchterkrankungen findet in den Curricula der medizinischen und pädagogischen Studiengänge kaum Resonanz.

Frage

23. Welchen Einfluss können Sie nutzen, um den Ausbau der suchtspezifischen Studieninhalte für die medizinischen und pädagogischen Studiengänge zu erreichen? Halten Sie eine suchtmmedizinische Zusatzausbildung für medizinisches Fachpersonal für erforderlich? Wie kann bundesweit einheitlich befördert werden, dass eine suchtmmedizinische Zusatzausbildung für alle Ärzte verbindlich wird?

Die Betrachtung der universellen Menschenrechte aus der besonderen Perspektive der Menschen mit Behinderung mit ihren bestehenden unterschiedlichen Lebenslagen, ihren Bedürfnissen, ihren Lebensperspektiven erfordert den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland. Trotz des in Deutschland bestehenden Teilhabegesetzes, verbrieft Sozialleistungen und gesetzlicher Diskriminierungsverbote werden Menschen mit Behinderung in der Bundesrepublik durch Unrechtserfahrungen, Einschränkungen und Diskriminierungen an ihrer Teilhabe gehindert. Es muss immer wieder verdeutlicht werden, dass Menschen mit Beeinträchtigungen nicht nur als Leistungsempfänger von Sozialleistungen gesehen werden dürfen. Sie sind Mitgestalter des gesellschaftlichen Lebens in den Bereichen Politik, Arbeit und Beschäftigung, Gemeinwesen, Familie und Partnerschaft, Kultur, Sport und gleichzeitig wertvolle, gleichberechtigte Partner und unverzichtbare Mitglieder.

Fragen

24. In welcher Weise fordern Sie die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen ein?
25. Wie verbessern Sie die Ausweitung der beruflichen Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen bis hin zur Erlangung von Berufsabschlüssen?
26. Wie wollen Sie das Verhältnis der Eingliederungshilfe zu den Leistungen der Pflegeversicherung für alt gewordene Menschen mit Behinderung gestalten?
27. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Wohngeldgesetz zukünftig in seinen Bemessungsgrundlagen die speziellen Bedarfe von Menschen mit Behinderung und im Alter berücksichtigt, auch bei der Wahl von gemeinschaftlichen Wohnformen?

Die Diakonie Mitteldeutschland möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Sie das Forderungspapier der fünf Fachverbände für Menschen mit Behinderungen zur Neuausrichtung der Eingliederungshilfe vom 9. Juli 2009 ausdrücklich unterstützt. (Infos z.B. unter www.beb-ev.de)

